

Green City außer in Schöneberg

Die Grüne Abgeordnetenhausfraktion hat sich am letzten August-Wochenende zu einer Klausurtagung getroffen. Thema: „Green City“. Detailliert wird aufgelistet, wie man mit nur 171 Millionen Euro, verteilt auf fünf Jahre, dieses Ziel erreichen kann. Klar muss aber jedem sein: „Ein lebenswertes und grünes Berlin gibt es nur mit uns“, also den Grünen. „SPD und CDU sind dazu nicht in der Lage.“ Das muss der Wähler wissen.

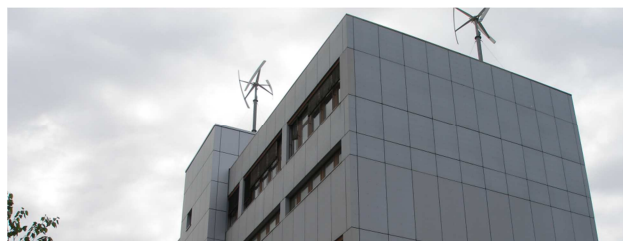
„Berlin wächst und verändert sich – und das nahezu täglich. Unsere Stadt ist Anziehungspunkt für immer mehr Menschen aus aller Welt, die hier leben und arbeiten, studieren oder etwas Neues ausprobieren wollen. Wie kaum eine andere Metropole in Europa bietet Berlin Chancen, sich auszuprobieren, Freiräume zu nutzen und neue Potenziale zu schöpfen. Davon zeugt sowohl die große Kreativität vieler Menschen, die wachsende Zahl der Start-ups...“ Warum fällt mir bei diesen Zeilen aus dem Klausurbeschluss der Grünen sofort ein Projekt in Schöneberg ein? Weil auf dem EUREF-Campus rund um den Gasometer vieles von dem bereits erreicht ist, was sich die Grünen wünschen. Die Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2050 sind, nach Feststellung der dena (Deutsche Energie-Agentur), auf dem EUREF-Campus schon 2014 erreicht worden.

„Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur für die Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft, in einen modernen Mobilitätsmix, für die energetische Modernisierung und für mehr Stadtgrün machen unsere Stadt zukunftsfähig. Unser Ziel ist die Green City: eine klimaverträgliche und umweltgerechte Stadt, die zugleich Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung schafft.“, heißt es in dem Papier weiter. Vieles von dem, was die Grünen fordern, macht Sinn. Da könnte man bei den nächsten Wahlen im September 2016 glatt sein Kreuz bei den Grünen machen. Allerdings nicht, wenn man auf Schöneberg schaut.

Angeblich sind für „SPD und CDU nachhaltige Investitionen, eine ressourcensparende und klimaverträgliche Infrastruktur und grüne Lebensqualität auch heute noch Neuland. Der rot-schwarze Senat tappt im Dunkeln.“ Die Entwicklung auf dem EUREF-Campus seit 2008 hat Berlin allerdings nicht

den Schöneberger Grünen zu verdanken, sondern den im Dunkeln tappenden Parteien SPD und CDU. Während sich die Grünen auf Landesebene fortschrittlich geben, und in vielen Bereichen fraglos auch sind, sitzt im Bremsenhäuschen des Rathauses Schöneberg eine Grüne Stadtentwicklungsdezernentin, die immer wieder versucht, Sand ins Getriebe zu streuen. Schaut man sich aber den EUREF-Campus an, sieht man, dass Ausbremsen nicht funktioniert.

In einer Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13. Mai 2015 überschlug sich Dr. Sibyll Klotz, die Grüne Stadtentwicklungsdezernentin, regelrecht vor Begeisterung über den EUREF-Campus. „Größte Wertschätzung“, sie werde „unterstützen und fördern“, und alles sei eine „gelungene Kombination zwischen Denkmalschutz und neuen Gebäuden“. Selten habe ich bei einem Politiker eine so große Kluft zwischen Wort und Tat erlebt wie bei Klotz.



Auf diesem Gebäude auf dem EUREF-Campus befinden sich Windräder. Sie sorgen für einen großen Teil der Energieversorgung des Hauses. Die Windräder sind dort nicht illegal angebracht worden, sondern genehmigt. Was aber auf diesem Haus gilt, versagt Klotz den neuen Gebäuden.



So ist der Antrag, für den in Kürze bezugsfertigen Neubau ein Windrad auf dem Dach zu installieren, abgelehnt worden. Alle Ablehnungsgründe wurden durch die EUREF-AG widerlegt, was bislang nicht zu einer Genehmigung führte. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: eine Grüne Stadtentwicklungsdezernentin verhindert ein Ur-Grünes Projekt zur Energieeinsparung. 30 Millionen Euro sind im Beschluss der Grünen Abgeordnetenhausfraktion für die Energiekostenbremse eingeplant. In Schöneberg bremst eine Politikerin der

Grünen genau diesen Ansatz in gegenläufiger Richtung aus. Das Windrad auf dem Gebäude würde, auf das Jahr berechnet, 50 Prozent des Strombedarfs für die Beleuchtung erzeugen.

Man kann das Verhalten der Bezirksgrünen, über das sich die Landesebene der Partei ebenso wundert wie die Bundesebene, nur nachvollziehen, aber nicht verstehen, wenn man in die Geschichte blickt. 2008 haben sich die Grünen festgelegt, gegen das Projekt zu sein. paperpress hatte damals den Grünen Fundamentalopposition vorgeworfen, wogegen der Fraktionsvorsitzende Jörn Oltmann protestierte.

In einem Gespräch unterstrich Oltmann gegenüber paperpress, dass seine Fraktion nichts gegen die Erschließung des Geländes am alten Schöneberger Gasometer habe. „Fundamentalopposition“ habe man keineswegs dagegen betrieben. „Richtig ist aber, dass sich die Grünen sehr kritisch mit den Bauplänen auseinandergesetzt haben. Nicht weil groß an sich schlecht ist, sondern weil es nicht in das konkrete Stadtbild passe, sind die Grünen gegen die Pläne.“ Was ins Stadtbild passe, entscheiden eben die Grünen.

Der Gasometer in Schöneberg ist weithin sichtbar, warum Drumherum noch Hochhäuser gebaut werden müssen, ist den Grünen unverständlich. Und da sind wir bei dem Hauptproblem. „Freie Sicht auf den Gasometer aus allen Himmelsrichtungen“, das ist es, was sich die Grünen offenbar wünschen. Unterstützt werden sie von einer Vorfeldtruppe, die sich Bürgerinitiative nennt. Alle Versuche, durch direkte Anfragen herauszubekommen, welche Rechtsform und wie viele Mitglieder diese BI hat und über welches Mandat der Sprecher verfügt, blieben unbeantwortet. Bekannt ist nur, dass der Frontmann der BI, ein Rechtsanwalt, der in der angrenzenden Cheruskerstraße wohnt, familiäre Bindungen in die Grünen-Fraktion hat und über Insiderinformationen aus dem Stadtentwicklungsamt verfügt, die er auf seiner Internetseite veröffentlicht. Die BI verbreitet das, was sich Frau Dr. Klotz öffentlich nicht zu sagen traut.

Der BI-Sprecher beklagt, dass schon jetzt die „vorhandenen und noch im Bau befindlichen Bürogebäude den Gasometer vor allem von Norden her weitergehend verdecken.“ Es ist in einer knapp 900 Quadratkilometer großen Stadt durchaus möglich, dass man nicht aus jeder Richtung alle Gebäude, selbst wenn sie 80 Meter hoch sind, sehen kann. „Ich will weiterhin Abendsonne in der Küche haben“, teilte der BI-Sprecher in einem Artikel vom 22. Juni

2011 der Berliner Zeitung mit. Wir wissen nicht, in welchem Teil der Cheruskerstraße und welcher Etage der Mann wohnt. Um seine Küche zu verdunkeln müssten die Gebäude wesentlich höher sein. Abendsonne in der Küche, ist in einer dicht bebauten Großstadt wirklich ein Luxusproblem.

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass man bei einem Großprojekt anfangs Bedenken geltend macht. Wenn man dann aber die Entwicklung sieht, und vor allem das, was auf dem Campus bislang realisiert wurde, könnte man auch ohne Gesichtsverlust einlenken, so dass die Taten den Worten der Stadtentwicklungsdezernentin folgen würden.

Beim EUREF-Campus bewahrheitet sich der Satz vom Propheten, der im eigenen Land (Bezirk) nichts gilt. Die Berlin-, Deutschland- und Weltweite Anerkennung des Campus wird jede Woche erneut durch zahlreiche Besuchergruppen unterstrichen. Anlässlich der deutsch-russischen Summer-School, die im August auf dem Campus stattfand, erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der 2008 beim Start des Projektes dabei war, gegenüber paperpress:

„Die Entwicklung ist atemberaubend. Der Campus ist nicht wiederzuerkennen. Entscheidender aber als die Gebäude und die hervorragende Architektur, ist das, was in den Gebäuden stattfindet. Es hat sich eigentlich all das erfüllt, was sich Reinhard Müller vorgestellt hat, dass Wissenschaft und Unternehmen zusammenarbeiten mit Blick auf eine bessere Zukunft der Energie und Energieversorgung, unterstützt durch Projekte, wie wir sie heute gesehen haben zwischen der Ural Federal University und der TU Berlin, und unterstützt durch Wissenschaft und Politik.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ed Koch